



# Freiheitliche Partei Niederösterreich

WAHLPROGRAMM



# SICHERHEIT

**N**iederösterreich hat seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren. Sicherheit ist die Voraussetzung für Lebensqualität sowie ein geordnetes und würdevolles Zusammenleben.

Seit dem Beginn der ungezügelter Massenzuwanderung im Jahr 2015 hat sich unsere Heimat jedoch massiv verändert. Im Jahr 2016 wurden in Österreich 537.792 Delikte zur Anzeige gebracht. Das waren um 19.923 Delikte mehr als noch im Vorjahr. Dieser erschreckenden Zahl stand eine Aufklärungsquote von lediglich 45,9 Prozent gegenüber.

Das bedeutet, dass nicht einmal jede zweite Straftat aufgeklärt werden konnte. Vor allem im Bereich der Gewaltkriminalität ist eine dramatische Entwicklung zu erkennen:



**Niederösterreich ist neben Wien unangefochtener Spitzenreiter in Punkto Kriminalität. 151.852 angezeigte Fälle gab es in Niederösterreich in den Jahren 2015 und 2016.**

Zudem hat das Sicherheitsgefühl unserer Landsleute in den letzten Jahren massiv unter den Folgen der grenzenlosen Massenzuwanderung gelitten. Einbrüche, Diebstähle, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen stehen nahezu an der Tagesordnung. Die heimischen Gefängnisse platzen aus allen Nähten und Überfälle finden am helllichten Tag statt. In der Dämmerung trauen sich viele Frauen gar nicht mehr auf die Straße.

Parallel dazu hat Landeshauptfrau Mikl-Leitner in ihrer Verantwortung als Innenministerin österreichweit mehr als 122 Polizeidienststellen geschlossen. 23 Posten waren in Niederösterreich betroffen. Faktum ist also, dass in Niederösterreich seit geraumer Zeit ein Sicherheitsnotstand vorherrscht, wobei die ständig steigende Ausländerkriminalität besonders auffällig ist. Knapp 54 Prozent der verurteilten Straftäter haben ausländische Wurzeln. In der U-Haft kommen gar 70,5 Prozent der Tatverdächtigen aus dem Ausland.

In Anbetracht der katastrophalen Sicherheitslage benötigt es eine umgehende Sicherheitsoffensive. Dabei muss mit voller Härte gegen Kriminelle und Straftäter vorgegangen werden. Ziel muss es sein, dass sich die Niederösterreicher in ihrer eigenen Heimat wieder frei bewegen können und endlich wieder sicher fühlen.



# Was die FPÖ NÖ fordert:

- Ausländische Gewalttäter müssen konsequent abgeschoben werden
- Vergewaltiger & Sex-Täter müssen verurteilt und umgehend in ihr Heimatland abgeschoben werden. Gleichzeitig mit dem Wegfall jeglichen Aufenthalts- und Rechtsanspruches in Österreich - für IMMER! Für heimische Wiederholungstäter ist die chemische Kastration ein Weg, die Bürger vor wiederholten Attacken zu schützen.
- Opferschutz statt Täterschutz: Erhöhung der Strafraumen bei schweren Vergehen
- Videoüberwachung an neuralgischen Punkten wie Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen, Parkanlagen, Garagen etc.
- Mehr Rechte für unsere Polizisten & Justizwachebeamten: ein hartes Durchgreifen darf für die Beamten keine rechtlichen Folgen haben
- Postenschließungen stoppen und Wiedereröffnung von Dienststellen, die Mikl-Leitner geschlossen hat
- Innenminister Kickl will 2.100 zusätzliche Polizisten auf die Straße, zusätzlich 2.000 Ausbildungsplanstellen
- Konsequente Grenzkontrollen zur Eindämmung der illegalen Massenzuwanderung und des Kriminaltourismus

## Straftäter: Fast jeder Zweite ist Ausländer - Halbjahresbilanz 2017

 **Die Halbjahresbilanz des Bundeskriminalamts spiegelt das ÖVP-Totalversagen wider:**

**40,1 Prozent der Straftäter sind Ausländer.**

Bei Diebstählen und Einbrüchen sind es sage und schreibe 80 Prozent. Das betrifft Asylwerber ebenso wie hier lebende Ausländer und Kriminaltouristen. Der Anteil von verdächtigen ausländischen Tätern wird in der Statistik für 2017 erstmals um die 40 Prozent liegen (1. Halbjahr: 40,1%). Schon heute beträgt ihr Anteil an den abgeurteilten Kriminellen in den Justizanstalten knapp über 50 Prozent.

Zahlen, die umso erschreckender sind, weil der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung landesweit gerade einmal 15 Prozent beträgt. Zur größten Tätergruppe zählen Rumänen, Serben, Türken und Afghanen. Dazu kommt die unfassbar hohe Kriminalitätsrate bei Asylwerbern. Vor allem Afghanen sind besonders auffällig und zählen mit Platz fünf in der Kriminalstatistik zur kriminellsten Tätergruppe überhaupt.



Alleine im ersten Halbjahr 2017 wurden 10.079 tatverdächtige Asylwerber registriert.



## Kriminalstatistik 2016

- Gesamtkriminalität 537.792 angezeigte Fälle, + 3,8 Prozent
  - Gewaltkriminalität 43.098 angezeigte Fälle, + 6,9 Prozent
  - Cybercrime 13.103 angezeigte Fälle, +30,9 Prozent
  - Wirtschaftskriminalität 53.905 angezeigte Fälle, +10,9 Prozent
- 2016 wurden in Österreich um 19.923 Delikte mehr angezeigt als noch im Vorjahr. Vor allem im Bereich der Gewaltkriminalität ist eine dramatische Entwicklung zu erkennen.

### Gewaltkriminalität im Detail:

- Die Zahl der vorsätzlichen Körperverletzungen ist bereits 2015 um 0,5 und im Jahr 2016 um satte 6,3 Prozent auf 40.222 Fälle gestiegen.
- Die Zahl der Anzeigen wegen Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung ist 2016 gleich um 15 Prozent auf exakt 2.732 Anzeigen gestiegen.
- Anzeigen wegen sexueller Belästigungen sind um 56 Prozent auf 1.918 im Vgl. zum Vorjahr gestiegen.

### Kriminalität von Fremden:

Bei 39,1 Prozent aller Tatverdächtigen handelt es sich um Fremde. In absoluten Zahlen: 105.551 Personen. + 13,7 Prozent. Das bedeutet den höchsten Wert seit 10 Jahren. (2005: 57.300 fremde Tatverdächtige)

- Bei der Gruppe der fremden Tatverdächtigen hat die Gruppe der Asylwerber 2016 die höchste Zunahme zu verzeichnen. + 54,2 Prozent von 14,458 auf 22.289 tatverdächtige Asylwerber.
- In der Gruppe der tatverdächtigen Asylwerber führen Afghanen die Statistik mit 5.072 Personen an. Dabei wurden 1622 Männer zwischen 14 u. 17 Jahren und 1.208 Männer zwischen 18 u. 20 Jahren angezeigt. Dahinter folgen Asylwerber aus Algerien (2.999), Nigeria (2137) und Syrien (1.549).
- Bei den von Asylwerbern begangenen Straftaten handelt es sich in erster Linie um Diebstahl, Körperverletzung und Verstöße gegen das Suchtmittelgesetz.



## Niederösterreich:

Die Gesamtkriminalität steigt um 0,4 Prozent auf insgesamt 76.079 angezeigte Delikte an. Eklatante Anstiege gibt es bei Cyber-Crime und sexueller Belästigung.

- Höchststand bei Vergewaltigungen im Vergleich zu den letzten 10 Jahren. Aktuell: 131 Fälle, > 4,8 Prozent. Im Vergleich zu 2007: + 40 Prozent
- 2016 gab es insgesamt 815 Sexualverbrechen, 2015 waren es „noch“ 562
- Signifikant steigt die Anzahl bei sexual Delikten wie sexuelle Belästigung und öffentlich geschlechtliche Handlungen: 268 Fälle bedeuten + 59,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr!
- Die angezeigten Körperverletzungen sind um 9,8 Prozent auf 4.509 angezeigte Delikte gestiegen. Von den rund 40.000 ermittelten Tatverdächtigen waren 13.477 Fremde.
- Anstieg bei Asylwerbern um 31 Prozent auf 2.892 Tatverdächtige.
- Der Anteil der Asylwerber unter den tatverdächtig ermittelten Fremden beträgt 21 Prozent.
- An der Spitze der kriminellen Ausländer stehen Personen aus Rumänien, gefolgt von Serben, Slowaken und Afghanen.

## Sex-Attacken:

- Insgesamt stieg die Zahl ausländischer Sex-Täter von 2014 bis 2017 um 70 Prozent!
- Sexualverbrechen in Niederösterreich: 2016 gab es insgesamt 815 Sexualverbrechen
- (2015 insgesamt 562/ 2014 gab es 605 Sexualverbrechen)

Vergewaltiger:  
40 Prozent der Straftäter  
sind Ausländer



Die aktuellsten Zahlen stellen dem ÖVP-Ausländer-Kuschelkurs eine vernichtende Bilanz aus. Jeden Tag werden im Durchschnitt zwei Frauen vergewaltigt. Alleine 2017 gab es bis 18. September bereits 2.422 Sex-Attacken. 341 brutalste Vergewaltigungen wurden von Jänner bis Juni angezeigt.



Die Situation wird von Jahr zu Jahr dramatischer. Bereits 2016 verzeichnete Niederösterreich einen Höchststand bei Vergewaltigungen mit einem Plus von 4,8 Prozent.



**Aktuellste Zahlen des BMI bestätigen zudem, dass in Niederösterreich im Schnitt **sieben Frauen pro Monat** vergewaltigt werden!**

Einen mehr als traurigen Rekord verzeichnet Niederösterreich auch bei Delikten wie sexuelle Belästigung und öffentlich geschlechtlichen Handlungen. 268 Fälle bedeuteten 2016 ein Plus von 59,9 Prozent.

**Tatsache ist: 40 Prozent der Vergewaltiger sind NICHT-Österreicher (!)**

In der gängigen Praxis kommen die grauslichen Sextäter mit bedingten Haftstrafen davon, andere verbringen dann ein paar Monate im „Wellnesshafen“ samt Kuschelzelle. Das kostet den Steuerzahler 119,26 Euro pro Tag und Insasse. Wenn die Triebtäter unsere Frauen „nur“ begripschen, dann folgt meistens überhaupt nur eine Anzeige auf freiem Fuß.

**Gefängnis: 54 Prozent sind Ausländer**

Ein Blick in die heimischen Justizanstalten bestätigt, dass immer mehr Ausländer kriminell werden. Die aktuellsten Zahlen sprechen Bände: Knapp 54 Prozent der verurteilten Straftäter haben ausländische Wurzeln. In der U-Haft kommen 70,5 Prozent der Tatverdächtigen aus dem Ausland.

Die Kosten dafür steigen ins Unermessliche: 445,62 Millionen Euro musste der Steuerzahler 2016 für die Haftanstalten hinblättern. Hinzu kommt, dass die Gewalt in den heimischen Haftanstalten explodiert. Junge Ausländer aus den Massenzuwanderungsgebieten sind besonders auffällig.



**Das sind jene „Kriegsflüchtlinge“, für welche Mikl-Leitner alle Türen und Tore geöffnet hat.**



# GESUNDHEIT

**D**as Grundprinzip freiheitlicher Gesundheitspolitik ist das Bekenntnis zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung für alle Niederösterreicher. Unser Sozialstaat muss allen Landsleuten eine hochwertige medizinische Versorgung und Pflege garantieren können.

**Aufgrund zahlreicher Fehlentwicklungen ist diese "Garantie" des Sozialstaates jedoch massiv gefährdet.**

Fragwürdige Einsparungsmaßnahmen und Versäumnisse der Politikverantwortlichen der letzten Jahre haben die niederösterreichische Gesundheitsversorgung zu einer „Zweiklassenmedizin“ verkommen lassen. Doch anstatt dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten, verschlimmert die Politik der schwarz dominierten Landesregierung die Situation noch zusätzlich:

Kassenarztstellen in ländlichen Regionen werden oft nicht nachbesetzt, der Abwanderungswelle junger Mediziner wird nichts entgegengesetzt und Spitalsstandorte werden ausgehungert. Im Gegensatz dazu verfolgen wir Freiheitliche eine Gesundheitspolitik, die ihrem Namen auch gerecht wird und allen Niederösterreichern eine umfassende medizinische Behandlung sichert.

## **Mangelware Landarzt**

Wir Freiheitliche sehen es als unsere Aufgabe, eine qualitativ hochwertige, patientenorientierte, wohnortnahe und regional gleichmäßige medizinische Grundversorgung für unsere Landsleute sicherzustellen. Die Entwicklungen der letzten Jahre geben aber Anlass zur Sorge.

**Eine flächendeckende, medizinische Versorgung durch niedergelassene Allgemeinmediziner, also den klassischen Haus- bzw. Landarzt ist nicht mehr gegeben.**



Für ein schlankes und effizientes Gesundheitssystem ist die Erhaltung eines Hausarzt-systems unerlässlich. Der Hausarzt ist der erste Ansprechpartner im Krankheitsfall und der Koordinator für die weitere Versorgung im Gesundheitssystem.

Die Realität der Allgemeinmediziner, die heute im ländlichen Raum ihren Dienst versehen, sieht jedoch erschreckend aus: Jedes zweite Wochenende und jede zweite Nacht Bereitschaftsdienst, der in der Regel direkt in die normale Ordinationszeit am darauffolgenden Tag mündet. Wochenarbeitszeiten von 70 Stunden und mehr sind laut NÖ Ärztekammer keine Seltenheit, das geht an die Substanz. Dazu kommen aufgrund der teilweise großen Einzugsgebiete die riesigen Distanzen in ländlichen Regionen, für Hausbesuche sind oft enorme Kilometer zurückzulegen. Weiters ist die Verantwortung gestiegen, der Zeitaufwand für Administration und Dokumentation ebenso.

Aufwändig sind auch die Auflagen für Barrierefreiheit, Hygiene und Registrierkassenpflicht. Praktizierende „Hausärzte“ klagen daher, dass die Schere zwischen Ertrag und Aufwendungen immer mehr auseinandergeht.

Die Folgen dieser unattraktiven Arbeitsbedingungen: Immer weniger junge Ärzte entscheiden sich für den Beruf des Allgemeinmediziners auf dem Land. Im März 2016 waren trotz mehrmaliger Ausschreibungen 14 Kassenplanstellen in Niederösterreich - zehn davon für Allgemeinmediziner - ohne Bewerber. Eine bevorstehende Pensionswelle verschärft die Situation zusätzlich! Und das bei steigenden Bevölkerungszahlen, wo die Ärzte in den Landregionen mehr anstatt weniger werden sollten.



**Laut österreichischer Ärztekammer wäre bundesweit ein errechnetes Plus von 1.300 Kassenärzten notwendig, um auch künftig die Versorgung optimal und vor allem wohnortnahe zu sichern.**

## Ziel der FPÖ Niederösterreich ...

... ist die Verlagerung von teuren Ambulanzleistungen in den Krankenhäusern hin zum niedergelassenen Bereich. Aber: Niederösterreichs Landeskliniken verzeichneten pro Jahr 2,5 Millionen Ambulanzbesuche. Umso schlimmer ist, dass im Rahmen der vergangenen Gesundheitsreform genau das Gegenteil passiert ist. Und das ist teuer: Kostet ein dahingehendes Aufsuchen des Krankenhauses im Schnitt 90 Euro, fallen bei einem niedergelassenen Arzt lediglich 50 Euro an.

Bei rund 16 Millionen Ambulanzbesuchen pro Jahr in Österreich, von denen laut Österreichischer Ärztekammer die Hälfte quasi fehlgeleitet ist, wären mittelfristig immerhin bis zu 330 Millionen einzusparen. Gigantische Kosten, die nur dann vermindert werden können, wenn der niedergelassene Bereich für die Mediziner wieder attraktiver gestaltet wird. In der jetzigen Form fährt das Gesundheitssystem garantiert an die Wand!



Denn die Obergrenzen für die Gesundheitsausgaben für 2017 bis 2020 werden - unabhängig vom tatsächlichen Bedarf der Menschen - gedeckelt. Sie liegen unter der jährlichen, realen Steigerung von fünf Prozent, die nötig sind, um die bisherige Versorgung zu sichern. Den Patienten werden somit insgesamt 4,3 Milliarden Euro für die Gesundheit vorenthalten.

### Für mehr Gesundheit:

- Im Turnus an den Krankenhäusern werden die Jungärzte für viele Bereiche geschult, aber nicht für die Hausarztstätigkeit. Viele kommen daher gar nicht auf die Idee, in dieser Form tätig zu werden. Die FPÖ NÖ fordert daher eine verpflichtende, zwölfmonatige Lehrpraxis, wo die jungen Mediziner die klassischen Tätigkeiten eines Allgemeinmediziners kennenlernen und sich bestmöglich dann für eine Berufsausübung am Land entscheiden.
- Eine rentable Abgeltung längerer Öffnungszeiten, die Beseitigung rechtlicher Hürden für Hausapotheken und familienfreundlichere Arbeitszeiten. Dahingehend sind die Rahmenbedingungen zu ändern: Die Errichtung von Gruppenpraxen wurde seitens des Gesetzgebers zwar ermöglicht, diese sind aber für landärztliche Regionen nicht geeignet.

Die Ärztekammer warnt in diesem Zusammenhang davor, dass die Planung von Arztpraxen nur noch nach wirtschaftlichen und nicht nach medizinischen Gesichtspunkten erfolgt. Gebraucht werden in den Landregionen hingegen eher schlanke, unkomplizierte und bedarfsorientierte Modelle des gemeinsamen Arbeitens mehrerer Ärzte, sodass auch etwa bei Stoßzeiten aufgrund von Grippewellen o.ä., Visiten und Nachtdienste besser abgewickelt werden können.

Die Erarbeitung eines Maßnahmen- und Förderprogramms seitens des Bundes und Landes, um den vorherrschenden und weiter anwachsenden Ärztemangel - insbesondere in ländlichen Gebieten - in den Griff zu bekommen. Es ist vorrangige Aufgabe der Politik, eine qualitativ hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung der Menschen zu gewährleisten.

### Grundversorgung statt Zwei-Klassen-Medizin

Die Niederösterreicher werden immer mehr zu Verlierern einer unfähigen und unwilligen Landesregierung im Gesundheitsbereich. Seit Jahren laufen Diskussionen zu Absicherung im Gesundheitsbereich, aber eine wirkliche Reform und Absicherung ist in weiter Ferne.

 **Laut österreichischer Ärztekammer wäre bundesweit ein errechnetes Plus von 1.300 Kassenärzten notwendig, um auch künftig die Versorgung optimal und vor allem wohnortnahe zu sichern.**

Jeder Niederösterreicher muss die gleiche und bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten. Um dies endlich sicherzustellen, braucht es entschlossene Maßnahmen.



Es muss mehr Geld in den Gesundheitsbereich investiert werden, welches durch Einsparungen in der Verwaltung, sowie durch das Abstellen von Missbräuchen rasch und effektiv eingespart werden kann.

Für die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum ist es unerlässlich, die Standorte aller Krankenhäuser als auch alle notwendigen Abteilungen abzusichern. Schwerpunkte an einzelnen Kliniken sind zu begrüßen und für planbare Behandlungen notwendig – können aber eine rasche medizinische Not- und Grundversorgung nicht ersetzen.

Es kann nicht sein, dass es bei MR und CT Untersuchungen zu monatelangen Wartezeiten kommt. Besonders die Versäumnisse in der Strahlentherapie – es ist seit Jahren bekannt, dass zu wenige Geräte vorhanden sind – sind sofort zu beheben.

 **Die oftmals nicht fachgerechte Ausrüstung mit medizinischen Großgeräten ist als fahrlässige Gesundheitsgefährdung, wenn nicht sogar als lebensgefährlich anzusehen.**

Um die Grundversorgung an allen Standorten sicherstellen zu können, ist es unbedingt erforderlich, in jedem Krankenhaus folgende Abteilungen zu installieren: Anästhesie und Intensivmedizin, Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie und Geburtshilfe sowie eine radiologische Abteilung inklusive aller medizinisch notwendigen Geräte.

## **Für unsere Gesundheit:**

- Grundversorgung sichern
- Hausärzte fördern
- Patienten gleich behandeln
- Bessere Bezahlung und Aufwertung des Hausarztes
- Aufwertung der Spitalsstrukturen
- Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung des Ärztemangels
- Ausstattung der e-card mit Lichtbild, um Missbrauch abzustellen
- Zusammenlegung der Pflichtversicherungsträger



## Pflege und Betreuung

Bereits heute bestehen Engpässe in der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Zudem steigen die Kosten für ein Altern in Würde und Gesundheit ins Unermessliche und sind für viele Menschen nicht mehr leistbar. Unsere Politik muss sich diesen Herausforderungen entschlossen stellen, zumal infolge der demografischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung in Österreich in den nächsten Jahrzehnten mit einer starken Zunahme des Pflege- und Betreuungsbedarfs zu rechnen ist.



**Mehr als 115.000 Pflegegeldbezieher und damit Pflegebedürftige wird es in zehn Jahren in Niederösterreich geben. Das sind ein Drittel mehr als derzeit.**

Die Bevölkerungsstruktur verschiebt sich deutlich hin zu den älteren Menschen. Mittelfristig (bis 2020) werden rund 22 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein, längerfristig (nach 2030) sogar mehr als 25 Prozent. Der stärkste Zuwachs wird langfristig bei den Betagten und Hochbetagten (80 und mehr Jahre) zu verzeichnen sein. Auf Grund dieser demografischen Entwicklung steigt naturgemäß auch die Anzahl der Pflegebedürftigen in Niederösterreich. Die Lebenserwartung liegt in unserem Bundesland bereits jetzt bei Frauen bei 83,5 Jahren und bei Männern bei 78,1 Jahren.

### Altern in Würde – Lehrberuf Pflege und Betreuung

Gerade ältere Menschen wollen Zuhause in ihrer gewohnten Umgebung gepflegt werden. Viele greifen dabei aus finanziellen Gründen auf ausländische Pflegekräfte, vorwiegend aus dem Osten zurück. Die meisten von diesen werden ohne Kontrolle der Ausbildung über Agenturen vermittelt. Während die osteuropäischen Pflegekräfte für einen Hungerlohn arbeiten, schlagen die Agenturen ein Millionengeschäft heraus und transferieren ihre Gewinne direkt ins Ausland.

Hinzu kommt, dass dem nicht entsprechend ausgebildeten Personal häufig Fehler, wie z.B. die nicht fachgerechte Lagerung der zu betreuenden Personen, unterlaufen. Dadurch kommt es beispielsweise immer öfter zum sogenannten „Wundliegen“. Die Kosten für eine nachfolgende stationäre Behandlung eines einzigen Dekubituspatienten sind für die öffentliche Hand erheblich – rund 50.000 Euro.

Ein wesentlicher Grund für die derzeitigen Missstände liegt in der nach wie vor ausstehenden Ausbildungsoffensive bei den Pflegeberufen.





**Um die Pflege legal und unter verbesserten Bedingungen für das Personal abwickeln zu können, muss auch ausreichend Fachpersonal zur Verfügung stehen.**

Die FPÖ Niederösterreich setzt sich für einen qualitativ hochwertigen Lehrberuf Pflege und Betreuung ein. Somit ist man auch dem Kampf gegen die Rekordarbeitslosigkeit dienlich, da sich neue Jobchancen für Jugendliche und Wiedereinsteiger ergeben. Gerade für diese sensible Arbeit mit Menschen gibt es bis dato keine spezielle Ausbildung.

### **Pflege zukunftsorientiert machen**

Mit der Abschaffung des Pflegeregresses nehmen die Anfragen für Pflegeplätze schon jetzt überdimensional zu. Dies bestätigt auch der Leiter der Abteilung Pflegeheime des Landes Niederösterreich. Dieser bevorstehende Ansturm auf die NÖ Pflegeheime ist auch der ÖVP Niederösterreich bekannt. Trotzdem ist man bis dato untätig und will seitens der Landes-ÖVP die Entwicklung abwarten. Damit nimmt man in Niederösterreich in Kauf, dass für pflegebedürftige Menschen in Zukunft Wartezeiten von bis zu drei Jahren (!!!) zur Erlangung eines Platzes in den NÖ Pflegeheimen entstehen können. Argumentiert wird dieser kommende Pflegenotstand in NÖ mit „zu wenig Geld vom Bund“. Während man im Zuge der Massenzuwanderung zur Errichtung von Asylantenunterkünften sofort Geld in der Schublade hatte, lässt man die eigenen pflegebedürftigen Landsleute und deren Angehörige im Regen stehen.

Aus diesem Grund ist die sofortige Schaffung von genügend Pflegeplätzen durch Aus- bzw. Neubauten von NÖ Pflegeheimen umzusetzen, um den zu erwartenden Pflegenotstand hintanzuhalten. Bis zu einer Einigung der Verhandlungen mit dem Bund sind die daraus entstehenden Kosten aus dem Landesbudget zu tragen.

Der Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen ist aber auch durch die Schaffung neuer Modelle im privaten Bereich sicherzustellen. Hierzu bedarf es attraktiver Bundes – und Landesförderungen als Anreiz für Betreiber von privaten Pflegeeinrichtungen. Ein dadurch entstehender Zuwachs der privaten Pflegeheime würde Bund und Land massiv von Errichtungs-, Erhaltungs- und Betriebskosten solcher Einrichtungen entlasten.

### **Damit unsere Senioren in Würde altern:**

- Schnellstmögliche Errichtung zusätzlicher Pflegeplätze
- Schaffung attraktiver Landesförderungen für private Pflegeeinrichtungen
- Schaffung Lehrberuf Pflege und Betreuung
- Personalengpass abstellen

# WOHNEN MUSS LEISTBAR SEIN

**W**ohnen wird immer mehr zum unleistbaren Luxus. Seit 2010 sind die Errichtungskosten für eine Wohnung durchschnittlich um 39 Prozent gestiegen, ältere Objekte verteuerten sich fast ebenso massiv, nämlich um 38 Prozent (Quelle: Immobilienpreisindex ImmoDEX 2016). Niederösterreich befindet sich im Bereich der Neubauten im absoluten Spitzenfeld mit einem Preisanstieg von sage und schreibe 54 Prozent für ein neues Haus.



**In den letzten fünf Jahren sind die Kosten für Mietwohnungen im Schnitt um rund 14 Prozent gestiegen, die reinen Nettomieten legten zwischen 2012 und 2016 sogar um fast 17 Prozent zu, wie aus aktuellen Daten der Statistik Austria hervorgeht.**

Besonders teuer wird es, wenn man auf private Vermieter angewiesen ist. In diesem Bereich kam es seit 2012 zu einem Preisanstieg von fast 16 Prozent. Aber auch im geförderten und sozialen Wohnbau haben sich die Mieten um knapp 12 Prozent verteuert.

Diese Preisexplosion betrifft die Masse unserer Landsleute. In Niederösterreich erhöhten sich die Mieten seit 2008 um mehr als 25 Prozent (!), während die Löhne nahezu stagnieren. Das belastet besonders Gering-, Klein-, und Mittelverdiener Immerhin wohnen sechs von zehn Österreichern in einer Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung. Vor allem in Niederösterreich ist der Anteil der geförderten Wohnungen mit knapp unter 70 Prozent relativ hoch.



**In Folge der dramatischen Preisexplosionen müssen viele Familien bereits die Hälfte bis zwei Drittel ihres Einkommens in den Erhalt einer Wohnung investieren.**

Während die Massenzuwanderer und großteils Asylberechtigte Mindestsicherungsbezieher diverse Förderungen in Anspruch nehmen können, wird bei unseren eigenen Familien bei der Wohnbauförderung das gesamte Haushaltseinkommen mit eingerechnet. Das führt immer



mehr dazu, dass die für den Förderungsantrag darzulegende Einkommensgrenze oft nur minimal überschritten wird und viele Niederösterreicher letztlich zu Verlierern des derzeitigen ÖVP-Systems werden.

### **Die FPÖ Niederösterreich steht daher für ein gänzlich neues Fördermodell.**

Dies bedeutet eine gesamte Umstellung des derzeitigen Fördermodells und soll zum Ziel haben, dass eine größenmäßig angepasste Standardwohnung einer dreiköpfigen Familie pro Monat nicht mehr als 500 Euro kostet.

Beispiel: Wenn eine Familie etwa ein monatliches Einkommen von 1.200 Euro hat, besteht keine Chance auf den Wohnzuschuss und die Mietkosten von 800 Euro sind somit unleistbar.

Diese Fälle führen daher oft zum Sozialbetrug: Ein Partner lebt - laut Meldezettel - in einem anderen Haushalt und die Familie hat somit nun die Möglichkeit, die Landesförderung in Anspruch zu nehmen. Dieses „Erschleichen“ von Fördermittel soll künftig nicht mehr notwendig sein. Zudem müssen besonders Alleinerzieher gefördert und Senioren unterstützt werden.



Leistbares Wohnen, sozial verträgliche Mieten und erschwingliches Eigentum, bilden die zentralen Elemente freiheitlicher Wohnpolitik. Davon soll eine Vielzahl unserer Landsleute profitieren. Die freiheitlichen Forderungen für leistbares Wohnen in Niederösterreich lassen sich auf vier Maxime herunterbrechen:

- Verträgliche Kosten statt Klimapolitik
- 5-Euro-Modell für Niederösterreich
- Ausreichend Fördermittel für mehrgeschossigen Wohnbau
- Faire Eigenheimförderung

### **Unser Ziel:**

Die Wohnbauförderung muss wieder zu einem Instrument der Leistbarkeit werden – fernab von rot-schwarzen Grabenkämpfen. Die FPÖ Niederösterreich bekennt sich zum geförderten Eigenheim ebenso wie zu einem breiten, geförderten Mietwohnungsbestand. Was aktuell fehlt, ist die richtige Balance. Die Politik muss sich endlich nach den Lebensrealitäten unserer Landsleute ausrichten.



- Während die Realeinkommen oftmals sinken, bleiben überbordende Vorschriften bestehen. Hier muss mäßigend eingegriffen werden, ganz besonders im Hinblick auf völlig überzogene thermisch-energetische Standards. Umweltpolitische Anforderungen müssen in Zukunft auch aus gesonderten Umwelttöpfen finanziert werden, der geförderte Wohnbau und die Klimapolitik daher entflochten werden.
- Das Tiroler 5-Euro-Modell zeigt deutlich, was möglich ist! Niederösterreich braucht ebenfalls dringend eine dahingehende, besonders leistbare Schiene innerhalb der Wohnbauförderung. Eine Schwazer Wohnanlage gewährleistet Mieten in der Höhe von fünf Euro pro Quadratmeter Wohnfläche, möglich wurde dies durch optimierte Baukosten, eine gesonderte Förderung und ein entsprechendes Grundstück.
- Notwendig ist auch eine verstärkte Förderung des mehrgeschossigen Wohnbaus, die Einsparungen der Wohnbauförderungen müssen rückgängig gemacht werden. Ohne leistbare Miete in der Jugend wird vielen Menschen in Niederösterreich das Kapital für den späteren Kauf eines Eigenheimes fehlen.

Hier fehlt der ÖVP NÖ aber der Zugang zu den Lebensrealitäten der Menschen. Wenn den Wohnkostensteigerungen wirksam und nachhaltig entgegen getreten werden soll, muss das Angebot an geförderten Wohnungen ausgeweitet werden.

- Die Eigenheimförderung ist eine wesentliche Komponente der niederösterreichischen Wohnversorgung. Doch schon grundlegende Bedingungen (etwa: „Mindeststandards beim Heizwärmebedarf“ oder „Einbau eines innovativen, klimarelevanten Heizsystems“), um Fördermittel zu erhalten, lassen den sozialen Anspruch vermissen. Zudem wird die Verwendung spezieller Baustoffe gefördert.

Das soll sich in Zukunft ändern! Die FPÖ begrüßt eine Eigenheimförderung, die österreichische Familien stärker bevorzugt und in der Ausführung an die Standards freifinanzierter Anlagen gebunden ist.

 **Niederösterreich verdient eine faire Wohnbaupolitik und eine deutlich freiheitliche Handschrift, damit unsere Landsleute zu Gewinnern werden und die eigenen vier Wände endlich wieder leistbar sind.**



# INFRASTRUKTUR UND LÄNDLICHER RAUM

**D**as klassische Landleben hat ausgedient, die Prognosen sind dramatisch! Die Zahlen der Statistik Austria zeigen, dass Österreich immer mehr zentralisiert. Bis 2030 werden vor allem das städtische, besonders das nördliche und Wiener Umland wachsen.



**Aktuell leben zwei Drittel aller Niederösterreicher auf dem Land. Bis 2030 wird sich das aber ändern, wie aus einer aktuellen Studie des Landwirtschaftsministeriums hervorgeht.**

Auch wenn die Bevölkerung in Niederösterreich bis 2030 von derzeit 1,6 Millionen um rund 100.000 Bürger auf 1,7 Millionen ansteigen wird, werden sich die meisten Menschen im städtischen Bereich niederlassen. Dem Bezirk Schwechat beispielsweise prognostiziert man bis 2030 einen Zuwachs von 28 Prozent. Gmünd, Waidhofen an der Thaya, Zwettl und Horn hingegen müssen mit einem Rückgang von 7 Prozent rechnen. Obwohl das Einfamilienhaus im Grünen und die Natur vor der Türe der Traum zahlreicher Österreicher sind, ist die Lage vieler Landgemeinden besonders prekär geworden.



**Es drohen ganze Regionen zu entvölkern. Vor allem Junge zwischen 20 und 40 siedeln ab. Ausbildungsplätze und Universitäten gibt es nur in den Städten.**

Die Jungen erwarten sich dort bessere Berufschancen. Gehen jedoch die Jungen, so fehlt die kommende Generation und übrig bleibt eine veraltete Gesellschaft. Ganze Orte und kleinere Gemeinden stehen also vor dem Aus! Bis 2050 wird sich der Trend aller Voraussetzung nach fortsetzen. Das Wiener Umland wird bis dahin um über ein Drittel mehr Menschen zählen als heute. Diese Entwicklung ist jedoch nicht einfach passiert sondern auf eine jahrzehntelange konzeptlose Regionalpolitik zurück zu führen.



▶ **Sowohl Landes- und Bundespolitik waren und sind unfähig, dem Trend entgegenzuwirken. Diese haben die Landflucht mit ihren „Regionenfeindlichen Maßnahmen“ noch beschleunigt!**

## Fünf Punkte Plan zur Stärkung des ländlichen Raumes

- **Familienfreundliche Bedingungen schaffen:** Die Landflucht ist weiblich! 50 junge Frauen von 1.000 verlassen das Land. Notwendig sind daher die Schaffung von Arbeitsplätzen, Weiterbildungs- und Freizeitmöglichkeiten und der flächendeckende Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen
- **Zauberwort Verkehrsanbindung:** Die ÖVP Niederösterreich hat unser Bundesland „bahnfrei“ gemacht. Von 28 übernommenen und 26 geschlossenen Nebenbahnen hat die ÖVP im Alleingang 26 zugesperrt – das ist ein Armutszeugnis. Die FPÖ NÖ steht für bestmögliche Verkehrsanbindungen, Ausbau des Autobahnnetzes (Waldviertelautobahn), Erhöhung des Pendler-Euros für Menschen in strukturschwachen Regionen.
- **Ausbildung am Land forcieren:** Die Landflucht ist weiblich – und jugendlich! Mit dem erschließen ganzer Regionen durch optimale Verkehrsanbindungen müssen auch gute Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden, Weiterbildungsmöglichkeiten für Wiedereinsteigerinnen müssen fokiert werden. Zudem braucht es familienfreundliche Jobvarianten wie Homeoffice.
- **Digitalisierung und Breitbandversorgung für alle Landsleute:** Superschnelles Internet in den Landgemeinden ist die Voraussetzung dafür, dass sich Betriebe und Menschen ansiedeln, die am Land leben wollen.
- **Arbeit schaffen durch Steuerhoheit:** Gerade für Unternehmen und die Industrie, die Arbeitsplätze schaffen, sind optimale Verkehrsanbindungen und steuerliche Vorteile wesentlich. Die FPÖ Niederösterreich steht für ein revolutionäres Steuermodell, wonach Gemeinden im Bereich der Körperschaftssteuer die Möglichkeit haben sollen, diese in einem gewissen Prozentbereich selbst festzulegen. Das führt zu einer Attraktivierung der Ansiedelung von Betrieben. Zudem müssen Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden und einstellen gefördert und unterstützt werden.

All diese Maßnahmen verfolgen den klugen Ausbau bzw. Erweiterung der Speckgürtel rund um die größeren niederösterreichischen Städte. Die Infrastruktur muss dahingehend angepasst werden, sodass die Menschen in den ländlichen Regionen mittelfristig ähnliche Lebensbedingungen vorfinden wie in den Städten. Die leistbare Lösung des Problems der Landflucht ist daher die systematische Verbreiterung aller Speckgürtel. Ziel freiheitlicher Politik ist es, dass jegliche Infrastruktur inklusive Verkehrsanbindungen, Nahversorger, Schulen, Kindergärten, Aus- und Fortbildungsstätten stetig weiter ins Land getrieben werden.





Freiheitlicher Klub im NÖ Landtag

Landhausplatz 1 / Haus 1  
3109 St. Pölten

Tel.: + 43 - 2742 - 9005 - 13441  
Email: [post.fpkclub\(at\)noel.gv.at](mailto:post.fpkclub(at)noel.gv.at)

[www.fpoe-noe.at/landtagsklub](http://www.fpoe-noe.at/landtagsklub)

